Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Mar 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Sebastian Range: [Syrien-Krieg: Eskalation statt weiterer Waffenruhe?](#)**
- **Hannes Koch: ["Ich bin ein freies Elektron"](#)**
- **gegen-hartz: [Hartz-Sanktionen sind verfassungswidrig](#)**
- **Klaus Rimpel: [Blüm im Interview: "Darum ist Riester gescheitert"](#)**
- **TTIP & CETA Stoppen**
- **Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: [USA planen mit TTIP Frontal-Angriff auf Gerichte in Europa](#)**
- **Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: [Britisches Gutachten: Vernichtendes Urteil über TTIP](#)**
- **Wolf-Dieter Vogel: [Mexiko warnt Europa](#)**
- **A. Hakelüken, A. Mühlauer: [Geheime TTIP-Papiere enthüllt](#)**

Zitat des Monats von [Georg Christoph Lichtenberg](#)

**Dinge zu bezweifeln,
die ganz ohne weitere Untersuchung jetzt geglaubt werden,
das ist die Hauptsache überall.**

- Sebastian Range: **Syrien-Krieg: Eskalation statt weiterer Waffenruhe?**

Während von westlicher Seite vor einem Scheitern der Waffenruhe gewarnt wurde, wurden die Aufständischen in deren Schatten massiv hochgerüstet. Tatsächlich wurden die Kampfhandlungen großflächig wieder aufgenommen - durch die Rebellen unter Federführung der vom Waffenstillstand ausgenommenen al-Nusra. Am 02.04 berichtete AP (Associated Press) von einer "koordinierten Offensive" der Rebellen mit den schwersten Kämpfen im Süden von Aleppo. In Aleppos Norden konnten zwei Tage später die Regierungstruppen ein Dorf unter ihre Kontrolle bekommen und kündigten eine massive Gegenoffensive an.

Die [USA haben den Bruch der Waffenruhe aktiv gefördert](#), indem sie mit Hilfe des CIA in der türkischen Grenzstadt Reyhanli ein Zentrum für Militäroperationen betreiben. An diesem Zentrum beteiligen sich auch hochrangige Armeekräfte und Geheimdienstler der sogenannten Freunde Syriens, einer Koalition von Staaten, die auf den Sturz von Präsident Baschar al-Assad drängt und an der auch Deutschland beteiligt ist.

Die USA statten die Rebellen mit allen gewünschten Waffen aus, u.a. mit Luftabwehrwaffen. Die Rebellen geben das unumwunden zu, die US-Denkfabrik 'The Century Foundation' berichtet von einem kontinuierlichen Zustrom von Waffen für die Aufständischen, die bekanntermaßen immer auch bei al-Qaida landen.

Die von den USA vor Einsetzen der Waffenruhe angedrohte Eskalation des Kriegs ist in vollem Gange. Dabei wird das Ziel verfolgt, das von den Rebellen kontrollierte Gebiet dem syrischen Staat zu entreißen.

[Sebastian Range](#) ist Redakteur im Verlag Selbrund, der das online-Portal 'Hintergrund' betreibt. Der Artikel enthält sehr detaillierte Informationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hannes Koch: **"Ich bin ein freies Elektron"**

Marianne Grimmenstein hat in ihrer Heimatstadt den geplanten Umzug der Volkshochschule in ihrer nordrhein-westfälischen Heimatstadt Lüdenscheid in ein heruntergekommenes Gebäude im Außenbezirk verhindern können. Kürzlich hat sie 163'000 Unterschriften mit der Forderung, dass der TTIP-Leseraum im Wirtschaftsministerium für alle Bürger geöffnet wird, bei der Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium abgegeben.

Vor zwei Jahren war Grimmenstein mit 230 anderen Bürgern mit einer Verfassungsbeschwerde gegen die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP aus formalen Gründen gescheitert. Nun hat sie einen Juristen gefunden, der ihr hilft eine neue Klage gegen CETA einzureichen, sobald die deutsche Fassung vorliegt. Über 'change.org' hat sie mindestens weitere 50'000 Bürger gefunden, die sich an dieser Klage beteiligen.

Ihr [Talent Leute zusammen zu bringen](#), will sie nutzen, damit es einer Liste unabhängiger Kandidaten gelingt ,zur Bundestagswahl 2017 anzutreten.

[Hannes Koch](#), Jg. 1961, bis 2007 Parlaments-, heute selbständiger Wirtschaftskorrespondent in Berlin und freier Autor. Sein Schwerpunkt: nationale und internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- gegen-hartz.de: **Hartz IV-Sanktionen verfassungswidrig**

Wirkt ein Leistungsbezieher nach SGB II nach Auffassung der Behörde nicht mit, kann die Behörde nach §31a des **SGB II Sanktionen verhängen und Hartz-IV-Bezieher Leistungen streichen**. Bei mehreren "Pflichtverletzungen" kann die gesamte Leistung gestrichen werden. Was faktisch auch dazu führt, dass die [Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums verletzt](#) wird. Das ist nach dem Urteil des [BVerfG vom 09.02.2010](#) verfassungswidrig.

Das Recht auf staatliche Sicherung des Existenzminimums leitete das BVerfG 2010 aus der unantastbaren Menschenwürde her. Es ist also ein grundlegendes Recht für einen Sozial- und Rechtsstaat. *Weder in der damaligen schwarz-gelben Koalition, noch in der gegenwärtigen schwarz-roten Großen Koalition wurde diesem Urteil Rechnung getragen.*

[Inhalt](#) ↑

- Klaus Rimpel: **Blüm im Interview: "Darum ist Riester gescheitert"**

Im Interview setzt sich Norbert Blüm erneut für das System der gesetzlichen Rente ein, die sich nicht in Nähe des Sozialhilfeniveaus bewegt. Sowohl die Riester-Rente als auch die Betriebsrente nütze den Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen gar nichts. Die [Verbindung von Selbstvorsorge und Solidarität sei einfach genial](#). Dass die Jungen für die Alten sorgen, werde immer gelten.

Sinkende Geburtenzahlen seien kein Argument gegen die gesetzliche Rente, denn über die Steigerung der Produktivität werde dies mehr als ausgeglichen; d.h. auch ein Beitragssatz über der jetzigen Grenze von 22% könne kein Problem sein - *bei entsprechenden Bruttolöhnen*. Die kapitalgedeckten Systeme seien weltweit am Wackeln und ihre Verwaltungskosten mehr als zehn Mal höher als bei der gesetzlichen Rente.

Norbert Blüm, Jg. 1939, war viele Jahre Mitglied der CDU-Sozialausschüsse, Mitglied des Deutschen Bundestages, 16 Jahre Sozialminister in der Regierung Helmut Kohls. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **TTIP & CETA Stoppen**

Nach Angaben der Organisatoren kamen [ca. 90'000 Menschen zur Demonstration "TTIP & CETA stoppen" am 23.04. nach Hannover](#). Die Demonstration, auf der u.a. [Niesco Dubbelboer](#) (Mehr Demokratie, NL), [Christoph Bautz](#) (Campact), [Ulrich Schneider](#) (Der Paritätische Gesamtverband), [Hubert Weiger](#) (BUND), [Andrea Kocsis](#) (ver.di), [Eylem Gün](#) (Föd. demokr. Arbeitervereine), [Frank Immendorf](#) (KMU), [Michael Müller](#) (NaturFreunde Deutschland), [Olaf Zimmermann](#) (Dt. Kulturrat), [Lori Wallach](#) von der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation 'Public Citizen' und [Uwe Hixsch](#) (Anmelder der Demo) sprachen, richtete an Barack Obama und Angela Merkel eine klare Botschaft: "Wir stehen auf gegen Handelsverträge, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen und machen uns stark für einen gerechten Welthandel, der sich an Arbeitnehmerrechten, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards statt an Konzerninteressen orientiert."

[Die Polizei zählte 35'000, der Spiegel nur 16'000 Teilnehmer](#). - *Die ZEIT meint die Werbetrömmel für CETA rühren zu müssen*, indem sie die [kanadische Außenhandelsministerin Freeland](#) von CETA als einem hervorragenden Abkommen schwärmen lässt.

Barcelona hatte die Initiative einer internationalen Koordination des Widerstandes gegen TTIP, CETA und TiSA aufgegriffen und Lokalpolitiker aus ganz Europa zur Konferenz 'Local Authorities and the New Generation of Free Trade Agreements' eingeladen, um ein [Netzwerk gegen die umstrittenen Abkommen](#) zu gründen. Kommunale Vertreter aus Wien, Sevilla, Köln, Birmingham, Madrid, Grenoble, Gorna Malina, Brüssel, Korfu und weiteren von insgesamt 40 europäischen Städten und neun Ländern waren der Einladung gefolgt. Sie legten am 21./22.04. den Grundstein zur Vernetzung von Kommunen und Regionen gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen.

[Inhalt](#) ↑

- Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: **USA planen mit TTIP Frontal-Angriff auf Gerichte in Europa**

Das [Drängen der US-Amerikaner auf den TTIP-Abschluss hat handfeste Gründe](#): US-Banken fürchten, von europäischen Gerichten wegen der Schulden-Krise belangt zu werden. Sie haben vielen europäischen Kommunen und Unternehmen dubiose Spekulationsgeschäfte angedreht.

Dies erkennend klagen europäische Institutionen wie z.B. die Stadt Pforzheim gegen das Bankhaus 'JP Morgan'. Dabei beruft sich Pforzheim auf ein BGH-Urteil von 2011, in dem die Beratungspflicht der Banken kritisch beleuchtet wurde. In Italien haben sich frühere Analysten von US-Ratingagenturen wegen fragwürdiger Beratung vor einem Gericht zu verantworten.

Letzteres kritisierte der US-Botschafter in Italien scharf und argumentiert, das italienische Justizsystem schrecke Investoren ab. In den USA wäre es schwer vorstellbar, dass ein solcher Prozess außerhalb der Finanzzentren geführt würde, wo die Staatsanwälte Erfahrung mit dem Wertpapierrecht hätten. Mit dieser Argumentation werden auch die Schiedsgerichte in TTIP begründet. Die US-Amerikaner wollen demnach mittels TTIP sicherstellen, dass solche Verfahren vor staatlichen Gerichten nicht zustande kommen. Stattdessen sollen Verfahren gegen Investoren nach ihren Regeln erfolgen. Alles andere werde als Bedrohung empfunden.

Von dem Artikel steht leider nur noch die Zusammenfassung kostenfrei zur Verfügung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: **Britisches Gutachten: Vernichtendes Urteil über TTIP**

Die renommierte 'London School of Economics' kommt in einem Gutachten zu einem vernichtenden Urteil über TTIP. Sie bescheinigt der britischen Regierung, dass das Abkommen [wenig wirtschaftlichen oder politischen Nutzen](#) aber viele Risiken und hohe Kosten bringe. Auf Anfrage bestätigt die Regierung, dass sie zu dem Abkommen nur dieses Gutachten einholte. Das Gutachten ([Original](#), [engl. Zusammenfassung](#)) basiert auf den Erfahrungen mit NAFTA.

Von dem deutschen Artikel steht leider nur noch die Zusammenfassung kostenfrei zur Verfügung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolf-Dieter Vogel: **Mexiko warnt Europa**

Nach 22 Jahren NAFTA-Freihandelsabkommen mit USA und Kanada zieht Mexiko eine fatale Bilanz. Der 1994 mit den USA und Kanada vereinbarte Vertrag sollte Beschäftigung, Wohlstand und sozialen Frieden bringen. Doch [fast der Hälfte aller Mexikaner hat NAFTA Armut gebracht](#), die Gewalt hat exorbitant zugenommen. "Das Abkommen war nur darauf ausgerichtet, neoliberale Reformen abzusichern", sagt der linke Journalist Luis Hernández Navarro.

Für den Wirtschaftsprofessor Enrique Dussel Peters hat NAFTA die mexikanische Ökonomie polarisiert: "Es gibt wenige Gewinner und sehr viele Verlierer." Zu den Verlierern zählten auch die Fabrikarbeiter, die in Detroit ihre Arbeitsplätze verloren haben, weil ihre Arbeit durch Kollegen in Mexiko übernommen wurde, bis diese durch noch billigere in Asien ersetzt wurden. *Die Forderung von Peters, dass solche Abkommen nachverhandelbar sein sollen, reicht nicht, da sich deren grundsätzliche Zielsetzung gegen unsere Gemeinwesen richtet (Red.).*

Aufgrund des 2011 abgeschlossenen Freihandelsabkommens TLC zwischen den USA und Kolumbien [verklagen internationalen Konzerne Kolumbien auf Schadensersatz von 16,5 Mrd. Dollar](#), weil ihnen nationale Gesetze Kolumbiens seit 2015 verbieten, die Bergbaulizenzen im 2009 zum Schutz von indigenen Völkern eingerichteten Nationalpark im Amazonasgebiet weiter zu nutzen. Vor den nationalen Gerichten wurden die Klagen der Konzerne abgeschmettert. Das nun über die Klagen entscheidende Schiedsgericht ist in den USA angesiedelt und lässt keine Berufung zu.

[Wolf-Dieter Vogel](#), Jg. 1959, ist Journalist, Publizist und Pressereferent. Seine Schwerpunkte sind Mexiko, Migration und Flucht, Menschenrechte und Organisierte Kriminalität. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- A. Hakelüken, A. Mühlauer: **Geheime TTIP-Papiere enthüllt**

Die US-Regierung setzt die EU bei den Verhandlungen über das transatlantische Handelsabkommen TTIP deutlich stärker und weitreichender unter Druck als bisher bekannt. Das geht aus Abschriften geheimer Verhandlungsdokumente von insgesamt 248 Seiten hervor, die Greenpeace veröffentlichte ([16 Documents](#), engl.).

Demnach droht Washington damit, Exporterleichterungen für die europäische Autoindustrie zu blockieren, um im Gegenzug zu [erreichen, dass die EU mehr US-Agrarprodukte abnimmt](#). Gleichzeitig attackiert die US-Regierung das grundlegende Vorsorgeprinzip beim EU-Verbraucherschutz (z.B. Wirkstoffe nur zuzulassen, wenn nachgewiesen ist, dass sie dem Menschen nicht schaden), das 500 Millionen Europäer derzeit vor Gentechnik und Hormonfleisch in Nahrungsmitteln bewahrt.

Nicht nur bei Lebensmitteln sondern generell wollen die USA die Europäer bei Eingriffen in die Wirtschaft nicht mehr selbst über die Gesetze bestimmen lassen. Die Dokumente offenbaren zudem, dass sich die USA dem dringenden europäischen Wunsch verweigern, die umstrittenen privaten Schiedsgerichte für Konzernklagen durch ein öffentliches Modell zu ersetzen.

In ihrem Brief plädieren 26 US-Senatoren dafür, durch TTIP der US-Agrarindustrie die Exporte in die EU zu erleichtern. Die [Senatoren fordern, "die EU müsse einer Liberalisierung des Agrarsektors zustimmen"](#). Insbesondere sollen die dem Import von Hormonfleisch und genmanipulierten Produkten entgegen stehenden EU-Regeln fallen.

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.

[Inhalt](#) ↑